



Medienmitteilung

Zürich, 28. Mai 2021

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 31. Mai 2021

Fokusthemen: Finanzierung der Kinderbetreuung, Rechnungen von ZKB und EKZ, SPFG

Der Zürcher Kantonsrat wird sich am Montagmorgen nach der Wahl eines Mitglieds des Verwaltungsgerichts und fünf Vorstössen, die als Entgegennahmen traktandiert sind, in einer eigentlichen Kinderbetreuungsdebatte mit dem Angebot und der Finanzierung der Kinderbetreuung beschäftigen. In der Nachmittagsitzung stehen die Behandlung der Rechnungen und Geschäftsberichte der Zürcher Kantonalbank und der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich an. In der verbleibenden Sitzungszeit wird der Rat die Detailberatung zum Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz (SPFG) fortsetzen.

Entgegennahmen zu Denkmalschutz, Beton, Budget, Fremdsprachen und Gesundheit

Rasch behandeln wird der Kantonsrat am Montagmorgen fünf Vorstösse, die als Entgegennahmen traktandiert sind. Das bedeutet, dass sich der Regierungsrat bereit erklärt hat, die Vorstösse entgegenzunehmen. Der Rat muss nun darüber befinden, ob er diese diskussionslos der Regierung überweisen will. Verlangt auch nur ein Mitglied des Rates eine Diskussion, verbleibt ein solcher Vorstoss auf der Traktandenliste, und der Rat muss zu einem späteren Zeitpunkt, nach einer Diskussion im Parlament, über eine Überweisung entscheiden. SVP-Kantonsrat Pierre Dalcher fordert mit Unterstützung von FDP, Mitte und EVP eine Revision des Denkmalschutzgesetzes, welche öffentliche Interessen wie Verdichtung, Wachstum und energetische Sanierungen stärker berücksichtigen soll ([KR-Nr. 153/2020](#)). Der Regierungsrat beantragt zwar, die Motion abzulehnen, ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. FDP-Kantonsrätin Ann Barbara Franzen lädt den Regierungsrat ein, in einem Bericht aufzuzeigen, wie im Kanton eine graduelle Steigerung des Anteils an qualitativ hochwertigem Recycling-Beton im Hoch- und Tiefbaubau erreicht werden kann ([KR-Nr. 40/2021](#)). Die Finanzkommission (FIKO) beantragt dem Kantonsrat eine Änderung des Differenzbereinigungsverfahrens zum Budget, um künftig zu verhindern, dass ein Differenzbereinigungsverfahren nur wegen unterschiedlicher Mehrheitsverhältnisse in den vorberatenden Kommissionen durchgeführt werden muss ([KR-Nr. 88/2021](#)). Karin Fehr Thoma, Kantonsrätin der Grünen, lädt, unterstützt von SP, GLP, EVP und AL, den Regierungsrat ein, in einem Konzept darzulegen, wie Austausch, Mobilität und Fremdsprachenerwerb während der beruflichen Grundbildung oder unmittelbar danach weiter ausgebaut werden können ([KR-Nr. 91/2021](#)). Und Benjamin Walder, Kantonsrat der Grünen, möchte zusammen mit SP, FDP und Mitte den Regierungsrat beauftragen, in einem Konzept darzulegen, wie der Kanton die Gesundheitskompetenz in der Bevölkerung verbessern sowie die Gesundheitsförderung und Prävention vermehrt fördern kann ([KR-Nr. 110/2021](#)).

Pierre Dalcher (SVP, Schlieren), 079 213 23 07

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

FIKO-Präsident: Tobias Langenegger (SP, Zürich), 079 274 09 50

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon), 078 676 79 73

Gemeinsame Behandlung von fünf Vorstössen zur Kinderbetreuung

Vier Motionen und eine parlamentarische Initiative, die der Kantonsrat am Montagvormittag gemeinsam behandeln wird, betreffen im Kern alle dasselbe Anliegen: die finanzielle

Entlastung von Familien bei der externen Kinderbetreuung. Die Lösungskonzepte sind freilich je nach Parteizugehörigkeit der Urheber unterschiedlich. GLP-Kantonsrätin Andrea Gisler fordert mit einer Motion, die ursprünglich von Corina Gredig eingereicht und von SP, Grünen, EVP und AL unterstützt wird, dass sich der Kanton mit subjektorientierten Betreuungsgutscheinen an den Kosten für die familienergänzende Kinderbetreuung beteiligt ([KR-Nr. 312/2019](#)). Zudem verlangt sie mit einer Motion, die ursprünglich von Katrin Cometta eingereicht und von SP, EVP und AL unterstützt wird, dass die nachgewiesenen Kosten für die Drittbetreuung jedes Kindes bei den Steuern mit je bis zu 20'000 Franken von den Einkünften abgezogen werden können ([KR-Nr. 313/2019](#)). Karin Fehr Thoma, Kantonsrätin der Grünen will, unterstützt von SP, GLP, EVP und AL, dass sich der Kanton und die Gemeinden künftig zu je 20 Prozent an der Finanzierung eines bedarfsgerechten Angebots an familienergänzender Betreuung von Kindern im Vorschulalter beteiligt ([KR-Nr. 314/2019](#)). SP-Kantonsrat Markus Späth-Walter verlangt im ganzen Kanton kostenlose Angebote familienergänzender Betreuung für Kinder bis zum Kindergartenalter ([KR-Nr. 114/2020](#)). Der Regierungsrat beantragt, alle diese Vorstösse abzulehnen. Zudem wird der Kantonsrat über die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative von FDP-Kantonsrätin Beatrix Frey-Eigenmann befinden. Diese fordert mit Unterstützung der SVP, dass die Gemeinden für ein bedarfsgerechtes Angebot an familienergänzender Betreuung von Kindern im Vorschulalter sorgen sollen ([KR-Nr. 28/2021](#)). Am Montag geht es lediglich darum, zu ermitteln, ob die Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen. Auf Antrag der Kommission entscheidet der Kantonsrat dann definitiv über Annahme oder Ablehnung.

Andrea Gisler (GLP, Gossau), 079 282 99 23
Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61
Markus Späth-Walther (SP, Feuerthalen), 079 620 33 91
Beatrix Frey-Eigenmann (FDP, Meilen), 079 789 86 58

Interpellationen zu Lehrmittelfreiheit im Unterricht und Konsequenzen der KV-Reform

Verbleibt vor dem Mittag noch Sitzungszeit wird sich der Kantonsrat mit weiteren Vorstössen zu Bildungsthemen auseinandersetzen. FDP-Kantonsrat Marc Bourgeois hat dem Regierungsrat Fragen zur eingeschränkten Lehrmittelfreiheit im Unterricht der Volksschule gestellt ([KR-Nr. 48/2020](#)). SP-Kantonsrätin Sarah Akanji wollte mit Unterstützung der Grünen und der AL wissen, welche Konsequenzen die Reform der KV-Lehre «Kaufleute 2022» haben wird ([KR-Nr. 50/2020](#)). Mit der Diskussion über die Antworten des Regierungsrates im Rat sind die Interpellationen erledigt.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich), 079 219 95 38
Sarah Akanji (SP, Winterthur), sakanji@spzuerich.ch

Rechnung und Geschäftsbericht von ZKB und EKZ zur Genehmigung beantragt

Zu Beginn der Nachmittagssitzung wird sich der Kantonsrat mit den Geschäftsberichten und den Jahresrechnungen der Zürcher Kantonalbank (ZKB) ([KR-Nr. 59/2021](#)) und der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) ([KR-Nr. 68/2021](#)) befassen. In beiden Fällen beantragt die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen (AWU) einstimmig, Rechnung und Geschäftsbericht zu genehmigen. Zudem soll den Bankorganen der ZKB für das Geschäftsjahr 2020 Entlastung erteilt werden. Obschon beide Geschäfte unbestritten sind, nimmt deren Behandlung im Rat erfahrungsgemäss eine gewisse Zeit in Anspruch.

AWU-Vizepräsident: Hanspeter Göldi (SP, Meilen), 079 287 29 74

Fortsetzung der Detailberatung zum Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz

In der verbleibenden Sitzungszeit wird der Kantonsrat am Montagnachmittag die Detailberatung zum Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz (SPFG) fortsetzen ([5637](#)). Die

Beratung ist geprägt von zahlreichen Minderheitsanträgen. Nachdem in der letzten Sitzung über Anforderungen an Leistungserbringer befunden wurde, ist das nächste Themenfeld, über das intensiv und kontrovers diskutiert werden dürfte, die Vergabe von Subventionen an Listenspitäler. Der Regierungsrat will Subventionen neu auch für stationäre und spitalgebundene ambulante Pflichtleistungen bei Erwachsenen ermöglichen und die Subventionen auf weitere Versorgungsangebote ausweiten. Die Mehrheit der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) lehnt diesen Vorschlag ab und will am geltenden Recht festhalten. Eine Minderheit aus SP, GLP und Grünen unterstützt den Antrag des Regierungsrates. Eine weitere Minderheit (Die Mitte) schlägt einen Kompromiss vor, indem sie Subventionen für notwendige Leistungen gewähren will, sofern ein überwiegendes öffentliches Interesse an deren Erbringung besteht oder die Gewährleistung der Versorgungssicherheit im Vordergrund steht. Voraussichtlich erst in der Sitzung vom 14. Juni beraten wird der umstrittene Antrag des Regierungsrates, neu eine Obergrenze von 1 Million Franken pro Jahr für die Gesamtvergütung der Kaderärztinnen und -ärzte festzusetzen.

KSSG-Präsident: Benjamin Fischer (SVP, Volketswil), 079 394 13 37
Minderheit SVP: Lorenz Habicher (SVP, Zürich), 079 346 09 94
Minderheit SP: Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64
Minderheit FDP: Bettina Balmer (FDP, Zürich), 077 431 56 52
Minderheit GLP: Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa), 079 230 82 32
Minderheit Grüne: Nora Bussmann, (Grüne, Zürich), 079 655 87 80
Minderheit Die Mitte: Lorenz Schmid (Die Mitte, Männedorf), 079 923 13 10
Minderheit EVP: Mark Wisskirchen (EVP, Kloten), 078 868 87 00

Personelles:

Zu Beginn der Vormittagssitzung steht die Wahl eines Mitglieds des Verwaltungsgerichts für den Rest der Amtsdauer 2019–2025 an ([KR-Nr. 199/2021](#)). Der Wahlvorschlag der Interfraktionellen Konferenz (IFK) ist unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Bischoff (AL, Zürich), 079 211 81 66

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:
Benno Scherrer, Kantonsratspräsident, 077 445 44 49
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12